

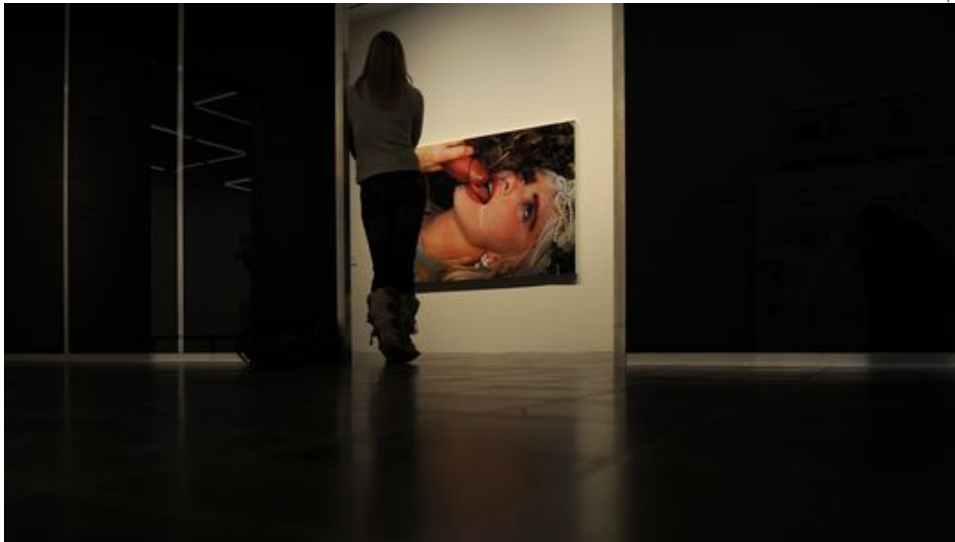
HAMBURGER KUNSTHALLE

Klappe zu im Armenhaus

Der Streit um die Schließung der Hamburger Kunsthalle geht in eine neue Runde

VON Tobias Timm | 27. Mai 2010 - 08:00 Uhr

© Marcus Brandt/dpa



Bald wird's ganz dunkel in der Hamburger Kunsthalle. Im Frühjahr gab es noch die Ausstellung Pop Life zu sehen, die ein großer Erfolg war

Die Galerie der Gegenwart war noch nie ein besonders einladendes Haus. Wer sich dem 1997 für die Hamburger Kunsthalle fertiggestellten Bau des Architekten Oswald Mathias Ungers von der Binnenalster nähert, stößt auf einen weißen Kubus, der auf einem steilen Granitwall ruht – als müsse sich das Haus vor Besuchern schützen. Jetzt hat man oben auf dem Wall auch noch die Eingangstüren verschlossen (*ZEIT* Nr. 21/10). Gefahr sei im Verzug, Brandschutzklappen müssten ausgewechselt werden. Ein gutes halbes Jahr könnte das dauern, hieß es zunächst. Eventuell könnte es auch schneller gehen, heißt es jetzt.

Doch auch ohne die fehlerhaften Klappen, meldete der verzweifelte Kunsthallen-Direktor Hubertus Gaßner, hätte er die Galerie der Gegenwart für ein halbes Jahr schließen müssen. Nicht weil er keine Lust habe, sein Haus zu bespielen, sondern aufgrund eines Defizits von gut 200.000 Euro im Jahresbudget. Nur so, durch eine monatelange Schließung des Hauses und die damit verbundene Einsparung an Strom- und Bewachungskosten, könne er eine schwarze Null schreiben. Die Kultursenatorin der Hansestadt, Karin von Welck, will ein Defizit in Zeiten verschärften Sparens nicht zulassen.

1999 war die Hamburger Kunsthalle – wie auch die anderen Hamburger Museen – in eine Stiftung umgewandelt worden, um der Leitung ein unabhängiges Wirtschaften zu ermöglichen. Doch seither, klagt die Museumsleitung, sei man strukturell unterfinanziert, mache Jahr für Jahr neue Schulden. Christoph Heinrich, ehemaliger Kurator des Hauses und heutiger Direktor des Denver Art Museum, bestätigt, dass die Betriebskosten von

Anfang an zu niedrig kalkuliert waren. Die Bespielung des Museums sei stets nur durch ein hohes Maß an Selbstausschöpfung der Angestellten zu bewerkstelligen gewesen. Jetzt, fordert Heinrich, müsse die Stadt die Betriebskosten übernehmen, auch »die solventen Hamburger müssen endlich mal über ihren eigenen Schatten springen«. Die Museumsstiftungen wurden nämlich nicht mit einem Grundkapital ausgerüstet, von dessen Verzinsung sie ihren Unterhalt bestreiten könnten, sondern sind auf jährliche Zuwendungen durch die Stadt und durch Sponsoren angewiesen. Im Moment sind das im Fall der Kunsthalle knapp elf Millionen Euro von der Stadt, von denen jedoch gut fünf Millionen Euro als Miete für das Gebäude wieder an eine städtische Gesellschaft zurückfließen. Hinzu kommen die Erlöse aus Sponsoring, dem Verkauf von Eintrittskarten, dem Museumsshop. Obwohl die Kunsthalle in manchen Jahren knapp die Hälfte ihres Etats selbst erwirtschaftet hat – ein im Vergleich zu anderen deutschen Kunstmuseen stattliches Ergebnis –, reicht das Geld längst nicht aus, um mehrere prominente Sonderausstellungen pro Jahr zu organisieren. Doch nur mit diesen Sonderausstellungen kann man wiederum die zahlenden Massen in das Museum locken.

Die Kultursenatorin bestreitet die strukturelle Unterfinanzierung mit dem Verweis auf das Gutachten einer unabhängigen Expertenkommission um Reinhold Baumstark, den ehemaligen Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen: Die Budgets der Hamburger Museen seien »auskömmlich«. Doch wie entstehen dann die jährlichen Defizite? Das Gutachten liefert keinen Beleg für Misswirtschaft. Auch die Senatorin kann auf Nachfrage kein Beispiel für Prasserei nennen. Trotzdem müssten die 200.000 Euro einzusparen sein, sagt sie. Und zwar ohne eine Schließung des Museums: »Es muss anders gehen.«

Man habe in den letzten Wochen zahlreiche alternative Sparvorschläge gemacht, heißt es dagegen aus der Kunsthalle, doch keiner hätte das komplette Defizit ausgeglichen. Um die Unterfinanzierung zu verdeutlichen, hat man einen Vergleich des eigenen Etats mit knapp zwei Dutzend Häusern in anderen Städten (etwa dem Kunstmuseum Stuttgart, dem Sprengel Museum Hannover und dem Städel in Frankfurt) angestellt. Im Durchschnitt erhielten diese Häuser Zuwendungen in Höhe von 25 Euro pro Besucher – die Kunsthalle allerdings nur 13 Euro. Auch auf die Ausstellungsfläche umgerechnet, sei das Museum vergleichsweise arm: Läge der Durchschnitt bei 859 Euro Zuwendungen pro Quadratmeter, so seien es bei der Kunsthalle nur 483 Euro.

Was tun? Der Freundeskreis der Kunsthalle will den bürgerlichen Protest organisieren. Hamburg solle sich endlich zur Kultur bekennen, man dürfe nicht nur große Häuser bauen, sondern müsse auch für deren erstklassigen Betrieb sorgen. Die Kultursenatorin hat den Geschäftsführer der Kunsthalle beauftragt, zusammen mit einem unabhängigen Gutachter zu klären, ob man den Ungers-Bau wegen der Klappen wirklich schließen müsse. Sie will die Blamage eines über Monate geschlossenen Museums unbedingt vermeiden. Gleichzeitig will der Senat aber die Stiftungssatzungen der Museen so ändern, dass die

Behörde künftig in den Stiftungsräten das Sagen hat. Die bei der Stiftungsgründung angestrebte Unabhängigkeit wäre dahin.

Auf einem Regal in Welcks Büro liegt ein Paar weißer Boxhandschuhe. Vielleicht wird sie diese jetzt gebrauchen, es ist nur noch unklar, gegen wen. Gegen die Kollegen der Exekutive, die das Geld verteilen und sich Projekte wie die Elbphilharmonie ausdenken, oder gegen die Leitung der Kunsthalle? Vielleicht muss sich einer der Beteiligten bald einen neuen Job suchen.

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 27.05.2010 Nr. 22

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2010/22/Kunsthalle-Hamburg>